

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 22.

Mittwoch, 27. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise, behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zehraudender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Helmreich, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Reichskabinett in ernster Gefahr.

Die Kanzlerrede im Reichstage.

(Fortsetzung und Schluß.)

(Berlin, 26. Januar 1926.)

Neben die notwendige Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erfordernis einer Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziele geführt werden, zur Befriedigung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches mit der Welt zu ermöglichen.

Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich zu den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird. Angesichts der hohen Zölle, die im Ausland vielfach gelten, müssen die deutschen Zölle bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Zölle möglichst herabzubringen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Mühe einer Annäherung der einschläglichen Wirtschaften durch allgemeinere zwischenstaatliche Abmachungen zu verwirklichen, mit voller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit, zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergreifender Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigen Wegen erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlichen Entwicklungen der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben und einzelnen deutschen Wirtschaftszweigen, so besonders für Kohle und Eisen, sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Hemmnisse beseitigt werden, die der Weltverteilung infolge der Abmachungen der Tröstung entgegenstehen.

Dabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überhöhtes Eingreifen der Behörden. Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam angeleitete Preislenkungsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien und dadurch gerade auch die geltenden Kräfte sowohl der Großwirtschaft wie des gewerblichen Mittelstandes in ihrer Lebensfähigkeit zu stärken. Besonders wichtig ist die abschließende Herabsetzung eines Gesetzes über die Beseitigung der Geschäftsauflage.

Die Reichsregierung erblickt in der Durchführung der Maßnahmen, die die deutsche Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Überforderung befreien, eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in diesen Hinsichten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt. Die zurückgetretenen Reichsregierungen hat diese Mitarbeit in erheblichem Umfang gefunden. Das neue Kabinett wird in gleichem Sinne weiter arbeiten. Es ist bereit, wegen der zu ergreifenden Einzelmaßnahmen auch die in Arbeit befindlichen gesetzgeberischen Entwürfe mit den Vertretern der Erwerbstätigen erneut zu erörtern. Der unerrückbare Zweck der Preislenkungsmaßnahmen neben der Befreiung des Wirtschaftslebens ist die Erleichterung der Lebenslage der Arbeiter und der sonstigen Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung das Arbeiterschutzgesetz einbringen, das die Bestimmungen über Arbeiterschutz einheitlich zusammenfaßt und die Arbeitszeit neu regelt. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen gesetzlichen Arbeitszeit in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zweck das zur Zeit dem Reichsrat vorliegende Arbeitsgerichts-Gesetz weiter verfolgen wird.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor einigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für Notstandsarbeiten an die Kommunen und andere Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reichs und der Länder an den Kosten dieser Arbeiten erhöht worden.

Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringende Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Verringerung der Not der Kurzarbeiter möglich ist, unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befürchtet werden. Die Regierung hofft bestimmt, daß sich eine solche Lösung finden wird und dem Reichstag eine entsprechende Vorlage alsbald unterbreitet werden kann. Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosennot bleiben dabei im-

mer solche, die der deutschen Wirtschaft den Antrieb zu innerlich gesunder Arbeit geben. Auch um dieses Zielles willen muß die deutsche Gesamtpolitik auf die Herstellung und Festigung eines wirtschaftlichen europäischen und Weltfriedens eingestrichelt sein.

Damit habe ich in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen, und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgabe umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung dieses hohen Hauses und des gesamten Volkes zu lösen sich bestreben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziel der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und nach außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und tatkräftiger alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, je eher wird Deutschland wieder die Stellung in der Welt erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Die Kommunisten unterbrachen die Kanzlerrede wiederholt mit lauten Jurken, besonders bei den Ausführungen über die rassistische Grundfrage unserer Kultur, über die geplante Wahlreform und über die Parteienabstimmung. Die kommunistischen Abgeordneten Döllner und Thälmann wurden wegen beleidigender Jurken vom Präsidenten Woche zur Ordnung gerufen. Als der Kanzler von der Jurkenabstimmung sprach, riefen die Kommunisten: Wo bleiben die Juden?

Abg. Wadel (Kom.), der laute Jurken macht, erhielt gleichfalls einen Ordnungsruf. Die Erwähnung der Preislenkungsaktion wird von den Kommunisten mit lautem Gelächter begleitet.

Am Schluß der Rede konnten Bravo-Rufe aus der Mitte, die Kommunisten und die Völkischen sahen.

Präsident Loebe schloß vor, die Aussprache über die Regierungserklärung am Mittwoch 1 Uhr zu beginnen.

Abg. Sanitz-Bromberg (Dnt.) beantragt, mit der Aussprache den deutschnationalen Antrag zu verbinden, der den Eintritt in den Völkerbund von bestimmten Bedingungen abhängig machen will.

Diese Veränderung der Tagesordnung wird unter großer Heiterkeit mit den Stimmen der Mehrheit gegen die in der Regierung vertretenen Parteien beschlossen.

Abg. v. Gräfe (Dnt.) wünscht den sofortigen Beginn der Aussprache. Bei der gänzlichen Inhaltslosigkeit und Programmlosigkeit der Kanzlerrede sei die Aussprache sehr schnell zu erledigen. (Beifall.)

Gegen die Stimmen der Völkischen wird der Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen.

Mittrauensvotum gegen die neue Reichsregierung.

Abg. Berlin. Im Reichstage ist am Dienstag das erste gegen die neue Reichsregierung gerichtete Mittrauensvotum eingegangen. Es ist von der völkischen Fraktion eingebracht und hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. — Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Auch die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Mittrauensantrag mit folgendem Wortlaut vorgelegt: „Die Regierung Luther-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Das deutschnationale Mittrauensvotum

hat folgenden Wortlaut: Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen, dessen sie nach Art. 51 der Reichsverfassung bedarf.“

Berlin. (Zuspruch mittags 1 Uhr.) Am heutigen Vormittag hatten im Reichstag noch keine Fraktionsitzungen stattgefunden. Das Mittrauensvotum der Deutschnationalen wird im Laufe des Tages dem Reichstag zugehen. Die Sozialdemokraten treten heute nach dem Plenum zu einer Fraktionsitzung zusammen, um zu der zu erwartenden Billigungsformel der Mittelparteien Stellung zu nehmen.

Die Parteien zur Regierungserklärung.

Berlin. Im Laufe des gestrigen Nachmittags traten die Führer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zusammen und verhandelten sich über die Formulierung der gemeinsamen Erklärung, die diese vier Parteien am Mittwoch durch den Abgeordneten Fehrenbach (Ztr.) abgeben werden. Das Zentrum und die Banische Volkspartei hielten nach dieser Besprechung nochmals Fraktionsitzungen

ab. In der Sitzung des Zentrums wurde die Formulierung der Erklärung ausdrücklich gebilligt. Auch in der Banischen Volkspartei wurde sie ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen. Die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei hielten keine Fraktionsitzungen mehr ab. Von der Formulierung eines Billigungsformels für die Regierungserklärung verläutet noch nichts.

Berlin. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion verhandelte in ihrer über 3 Stunden sich hinziehenden Sitzung über die Lage, die durch die Regierungserklärung gestiftet ist. Die Fraktion beschloß, heute (Mittwoch) im Reichstag ein Mittrauensvotum gegen die zurzeit sich präzisierende Reichsregierung einzubringen.

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Berlin. Wie gemeldet wird, haben die Sozialdemokraten gegen noch keinen Beschluß darüber gefaßt, wie sie sich zu den gegen die Reichsregierung eingebrachten Mittrauensvoten stellen werden. Die Sozialdemokraten glauben, daß man bei der Abstimmung über die Voten zu mindest mit einer Stimmenthaltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion rechnen könne. Auch das Berliner Tageblatt erklärt, daß die Sozialdemokraten im gegenwärtigen Augenblick an einem Sturz der Regierung kein Interesse hätten. Wenn alle Mittrauensanträge die Unterbrechung der Stimmen aller Oppositionsparteien finden würden, so könne, wie das oben genannte Blatt bemerkt, die Regierungskoalition mit Hilfe der Reichstagspartei noch immer eine geringe Mehrheit erzielen. Ob die Regierungsparteien eine Billigungsformel für die Regierungserklärung einbringen werden, steht noch nicht fest. Zu erwähnen ist noch eine Notiz der Tageslichen Rundschau, wonach in der Aussprache des Reichstages auch der Reichsaussenminister das Wort ergreifen werde und zwar voraussichtlich nicht vor Donnerstag.

Ein Regierungsprogramm der Völkischen.

Berlin. Die völkische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, den sie mit der Bepreisung der Regierungserklärung verbinden lassen will. Danach sollen mit Rücksicht auf die katastrophale Wirtschaftslage und die wachsende Not des schaffenden deutschen Volkes alsbald die Zahlungen aus dem Dawesplan eingestellt und die hierfür bestimmten Summen zur Beseitigung der Not und der Arbeitslosigkeit in deutschen Völkern verwendet werden. Mit Rücksicht auf das Ausbleiben der in Aussicht gestellten sogu. Rückwirkungen, heißt es in dem Antrag weiter, die aus dem Locarno-Vertrage zu erwarten waren, soll von der Ermächtigung zum Eintritt in den Völkerbund kein Gebrauch gemacht werden.

„Times“ zur Regierungserklärung.

London. (Zuspruch.) Times schreibt: Die neue deutsche Regierung ist eine Regierung Hindenburgs, der in kluger Weise seine Autorität ausgedehnt hat. Sie ist aber in einem besonderen Sinne und gerade angesichts der Schwierigkeiten der Stunde eine Regierung Deutschlands. Die Regierungserklärung ist äußerst vorsichtig gewesen. Die Feindschaft der Deutschnationalen gegen die sich aus dem Locarno-Vertrage ergebenden Folgerungen erklärt vielleicht Luthers Abneigung, das wahrheitsgemäße Datum des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund anzugeben. Nichts ist in der deutschen Außenpolitik wirklich so wichtig wie gerade dieses Datum, über das Deutschland selbst zu entscheiden hat. Die Frage der Rheinlandbesetzung ist sekundär.

Die wirtschaftliche Depression Deutschlands ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß es seine Industrie besonders unter den Auswirkungen der Inflationsperiode unterließ, sich der neuen Lage anzupassen, die sich aus den Gebietsverlusten, den Verlusten von Rohmaterialquellen und von gewissen Märkten ergab. Die jetzige ungesunde Atmosphäre wird noch durch den Streit über die Zollverhältnisse an die früheren deutschen Märkte und durch die Entschlüsse über die Parinmenterrien von 1917 verschlechtert.

Eine amerikanische Pressestimme über Hindenburg.

New York. Washington Evening Star gibt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Hindenburg“ eine Darstellung der letzten deutschen Kabinettkrisis und des Eingetretens des Reichspräsidenten. Es heißt darin unter anderem: Als Hindenburg zum Präsidenten von Deutschland gewählt war, wurden Befürchtungen laut, daß er nichts weiter sein würde als der vorgeschobene Wegbereiter für die Monarchie. Er hat sich jedoch in seiner Amtsführung streng an republikanische Grundsätze gehalten. Sein aufrichtiges Bestreben ging dahin, die Stabilität der Regierung zu erhalten. Die Art, wie er bei der letzten Krise die Bildung eines Ministeriums tatsächlich diktierte, indem er als Alternative die Diktatur andeutete, ist charakteristisch für den militärischen Befehlshaber, aber doch im Einklang mit den Grundsätzen, zu denen er sich bei seiner Eidesleistung bekannte und die er seit seinem Amtsantritt solennrechtlich vertreten hat.